

blickpunkt

DGB

Der Kulturkampf von Rechts – Was Gewerkschaften dagegen halten



www.dgb.de/

Ausgangssituation

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York sind Muslime und ihre Gemeinschaften in der westlichen Welt offenen oder versteckten Anfeindungen ausgesetzt. In Deutschland, aber auch in anderen europäischen Staaten, steht die neue und instrumentalisierte »Islamfeindlichkeit« im Fokus von Rechtsextremisten. Im Zentrum ihrer Ideologie steht die Vorstellung einer ethnisch homogenen »Volksgemeinschaft«. Ein Bild vom »Untergang des Abendlandes« durch eine vermeintliche »Islamisierung Europas« wird gemalt. Hierbei geht es allerdings weniger um einen religiösen Konflikt, sondern um eine propagierte Abschottung vor Einwanderung. So heißt es in einem Programmentwurf der NPD: »Nach nationaldemokratischer Auffassung ist Integration gleichbedeutend mit Völkermord«.

Mit Kampagnen gegen den Bau von Moscheen und Gebetshäusern konnte die extreme Rechte bei verschiedenen Wahlen 2008 erfolgreich neue Wähler/-innen und Sympathisant/-innen in breiten Schichten der Bevölkerung gewinnen.

Wie Rechte versuchen rassistische Argumente unter neuen Vorzeichen in der Mitte der Gesellschaft zu platzieren

Neben den allseits bekannten »Ausländer raus«-Parolen von Rechtsextremisten werden Forderungen nach der »Rettung der europäischen Kultur« in den letzten Jahren immer lauter. Dabei werden die vorhandenen Ängste vor islamischem Fundamentalismus und Terrorismus von Neonazis genutzt, um rassistisches und völkisches Gedankengut zu propagieren. Dies fällt aufgrund der Feinderklärung der »Muslime« in der breiten Bevölkerung durchaus auf fruchtbaren Boden. Der Begriff der »Kultur« wird dabei von Rechten als Stellvertreter für den öffentlich geächteten »Rasse«-Begriff herangezogen.

Damit treffen die Rechtsextremisten den Nerv der Zeit, spielen aktuell islamistische Terroranschläge international, die Kopftuchdebatten in der Bundesrepublik und der sogenannte »Kampf der Kulturen« in den Medien und der Mitte der Gesellschaft immer wieder eine Rolle.

Durch die breite Stigmatisierung der Muslime als »deklarierte Feinde der westlichen Welt« seit dem 11. September 2001 greift die extreme Rechte immer häufiger »Kulturkampf-Debatten« aus der Mitte der Gesellschaft auf und nutzen sie als Trittbrett für ihre nationalistische und völkische Ideologie. Mit Forderungen wie »Die Überfremdung unseres Kultur- und Sprachschatzes durch Anglizismen

muss gestoppt werden« versucht die NPD beispielsweise immer wieder aufkommende Debatten um die deutsche Sprache für sich zu instrumentalisieren. Was gestern noch Thema in den Feuilletons von Zeitungen wie der Süddeutschen und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung war, wird heute von der NPD aufgegriffen. Sie gibt sich in gewohnter Manier als »Partei des kleinen Mannes« und erklärt öffentlich dass die meisten Deutschen zunehmend Verständnisprobleme mit dem so genannten »Denglisch« hätten. Innerhalb der rechtsextremen Szene übt die NPD mit dieser Diskussion den Drahtseilakt. Im Jahr 1996 hatte Udo Pastörs auf einer Pressekonferenz noch die verstärkte Nutzung als eines der politischen Hauptziele der Partei ausgegeben. Das Problem der Partei besteht zunehmend darin, das die neuen Medien für sich zu nutzen, aber jegliche »kulturelle Vermischung« von Deutsch und Englisch zu vermeiden. Sie sprechen deswegen von »Weltnetz« anstelle von »Internet« und von »Elektronische Post« anstelle einer »E-Mail«. Zudem ringt die extreme Rechte in Deutschland untereinander um die Vorherrschaft beim Kampagnenthema Moscheebau. In zahlreichen Städten rief die NPD zu Demonstrationen gegen Moscheebau und »Islamisierung« auf. In einem Positionspa-

Obwohl »proKöln« in den Öffentlichkeit sich von Antisemitismus und Geschichtsrevisio-nismus distanziert scheinen diese Lippenbekenntnisse wenig glaubhaft: In der von »proKöln« herausgegebenen Schülerzeitung »Objektiv« wurden einige geschichtsrevisio-nistische Artikel veröffentlicht, in denen unter anderem die Alleinschuld der Deutschen am Zweiten Weltkrieg bestritten wird.¹ Weitere Gründe an dem »demokratischen« Image von »proKöln« zu zweifeln liefern die Karrieren einiger »pro-Köln«-Funktionäre in rechts-extremen Organisationen. Zudem erklärte die »proKöln« Fraktionsvorsitzende Judith Wolter zum Tag der Befreiung vom Faschismus im Stadtrat, dass der 8. Mai für sie »sicherlich kein Datum zu feiern« sei, denn schließlich sei nach dem alliierten Sieg »de facto ein Drittel des damaligen Reichsgebietes« verloren gegangen.²

¹ Vgl. Buchbesprechung »Der Krieg hat viele Väter« in Objektiv Ausgabe 3 www.jugend-pro-koeln.de/objektiv3.pdf

² Quelle: www.koelnangrechts.de, Zugriff 27.08.2009

pier der REP heißt es: »Moscheen mit Minarett sind deutliche Zeichen von kultureller Landnahme einer dem deutschen Kulturraum wesensfremden Religion«. Beispielhaft für diese Entwicklung ist die »Pro-Bewegung« in der sich rechtsextreme und rechtspopulistische Personen unter dem Deckmantel einer »Bürgerbewegung« in mehreren Städten des Rheinlandes und Ruhrgebietes neu organisiert haben. Überregional haben sie sich als Pro-NRW formiert.

Diese selbsternannte Bürgerbewegung hatte sich 1996 aus ehemaligen Aktiven der »Deutschen Liga für Volk und Heimat« gegründet. Seither bestanden enge Verbindungen und personelle Überschneidungen zu (früheren) Kadern der NPD, REP, DVU und freien Kameradschaften. Zu den zentralen Themen der »Bewegung« gehörten schon seit ihrer Gründung Islam, Islamisierung und Einwanderung nach Deutschland. Kulturhegemoniale Rhetorik wurde verbreitet, die durch den vergleichsweise starken Rückhalt in der Kölner Bevölkerung, über die Grenzen Kölns hinaus sichtbar wurde. Seit dann 2003 die Planungen zum Moscheebau im Kölner Stadtteil Ehrenfeld weiter an Form annahmen, wurde der Moscheebau zum Mittelpunkt für die von »proKöln« betriebene antiislamische und ausländerfeindliche Hetze. Vor allem zu Beginn der Kampagne gegen den Moscheebau in Ehrenfeld und gegen die angebliche Islamisierung Kölns wurden die anliegenden Haushalte regelmäßig mit »proKöln«-Flugblättern beliefert. Die Agitationsstrategie von »proKöln« ist simpel und datenrechtlich dubios zugleich: Vor allem durch vermeintliche harmlose Unterschriftenlisten »Gegen Jugendkriminalität« oder »gegen Großmoscheen in der Nachbarschaft«, werden die Adressen und persönlichen Daten von potenziellen Sympathisant/-innen gesammelt. Die Adressen werden danach aus den Unterschriftenlisten archiviert und sobald das nächste Mal eine Wahl- oder Kampagnenoffensive von »proKöln« geplant ist, bekommen alle Haushalte die nun zum Adressarchiv der Wählergruppe gehören Post: »Wer zwei, drei Jahre regelmäßig von pro Deutschland hört, wird nachhaltig geneigt sein, der Bürgerbewegung bei der nächsten Kommunalwahl seine Stimme zu geben«, beschreibt der »proKöln« Funktionär Manfred Rouhs das Agitationskonzept der Wählergruppe³.

In ihrer Kampagne gegen den Moscheebau in Ehrenfeld, setzte »proKöln« gezielt auf die Emotionen der Anwohner, indem sie den Bau der Moschee mit einer Art feindlichen »Besitzergreifung« im Stadtteil verglichen und Szenarien von einer »schleichenden Islamisierung« Kölns skizzierten. Damit schürten sie intensiv Ängste und vorhandene gesellschaftliche Barrieren der deutschen Bevölkerung gegenüber muslimischen Mitbürger/-innen und ihrer Kultur.



Neben der deutschen Rechtsextremen-Szene ist die politische antiislamische Hetze europaweit zum Phänomen geworden. Anknüpfend an verbreitete Vorurteile gegen die muslimische Bevölkerung haben viele Rechtsaußenparteien in Europa ihre Propaganda modernisiert: In Dänemark errang die Dansk Folkeparti bei den Parlamentswahlen 2007 mit Hetzparolen gegen den Islam als »Pest über Europa« einen Stimmenanteil von 13,8 Prozent. Die rechtsextreme österreichische Partei FPÖ betrieb 2009 ihren EU-Wahlkampf mit der Parole »Abendland in Christenhand«, und auch Parteien wie die niederländische Partei für die Freiheit (PVV), die schweizerische SVP, der belgische Vlaams Belang und die französische Front National (FN) bedienen sich gerne des Antisemitismus als Wahlkampf-Ticket.

³ Konzept Aufbau unten www.pro-deutschland.de (Zugriff 27.08.2009)

Antirassismus ist gewerkschaftlicher Grundsatz!

Warum? Weil Rassismus eine menschenverachtende Ideologie ist, die propagiert, dass gesellschaftliche Differenzen eigentlich unveränderliche naturgegebene Hierarchien sind. Wir wissen aber, dass Rassismus keinerlei Erklärungswert für gesellschaftliche Probleme bietet, sondern lediglich gesellschaftliche Probleme verstärkt und neu schafft. Als Gewerkschaftler wissen wir, dass wir nur dann unsere Interessen durchsetzen können, wenn wir Konkurrenz – die durch Rassismus entsteht – überwinden und uns solidarisch und unabhängig von Nationalität, Herkunft, Hautfarbe, Lebensweise oder Bekanntheit organisieren!

Was ist Kulturrassismus?

Unter dem Begriff Rassismus wird die Diskriminierung und Herabsetzung von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres ethnischen oder nationalen Herkunft oder bestimmter kultureller Merkmale wie Sprache oder Religion verstanden. Der Begriff »Kulturrassismus« lässt sich an drei Merkmalen festmachen⁴:

- Es werden Gruppen (»Rassen«) konstruiert, die Menschen aufgrund körperlicher, kultureller, religiöser, ethnischer oder nationaler Merkmale einteilen.
- Den konstruierten Gruppen (»Rassen«) werden kulturelle Wesensarten zugeschrieben, d.h. den Mitgliedern solcher imaginärer Gemeinschaften wird eine gemeinsame Kultur oder Mentalität zugeschrieben.
- Es wird behauptet, dass es zwischen solchen Gruppen aufgrund der zugeschriebenen Stereotypen eine Rangfolge von Höher- und Minderwertigkeit gebe oder aber eine grundsätzliche Unverträglichkeit.

Was tun? Argumente gegen den Kulturkampf von Rechts

Dummer Spruch »Wir führen einen Kampf um den Erhalt der deutschen Kultur«

Sobald Rechtsextreme in die Öffentlichkeit treten, versuchen sie zunehmend das Image der »Schlägertruppe« abzuschütteln und sich als seriöse Alternative zu der etablierten Politik anzubiedern. In ihren Flugblättern, Internetauftritten und Kampagnen ist dementsprechend zu beobachten, dass sie den öffentlich geächteten »Rassen«-Begriff durch den der »Kultur« ersetzen. Elementare Merkmale des »alten« Rassismus, z. B. die Leugnung der grundsätzlichen Gleichheit aller Menschen, werden dabei auf den Kulturbegriff übertragen. Deswegen wird in diesem Zusammenhang auch von **Kulturassismus** gesprochen. So proklamierte die NPD in einer internen Handreichung: »Der Mensch an sich existiert nicht, deshalb sind wir nicht unterschiedslos einfach »Menschen«, wie die multikulturalistischen Völkerverächter behaupten [...] Der Mensch existiert nur in seiner je unterschiedlichen ethnisch-kulturellen Prägung und damit als Angehöriger eines bestimmten Volkes. Diese Völker werden hierarchisch geordnet und strikt voneinander abgegrenzt«. So offen wie in dieser NPD-Handreichung gehen die Rechtsextremisten mit ihrer nationalsozialistischen Logik immer seltener in der Öffentlichkeit um. Vielmehr versuchen sie über kulturelle Vorurteile rechtsextreme Ideologie als konservative Meinung zu verkaufen.

→ Gewerkschaften sind für die Gleichheit aller Menschen! Und gegen Kulturassismus:

Die Hierarchisierung von Menschen anhand ihrer Kultur ist zutiefst menschenverachtend und besonders mit dem gewerkschaftlichen Gesellschaftsverständnis unvereinbar. Kulturen sind keine starren und abgeschotteten Gebilde. Vielmehr sind sie von Austausch und Weiterentwicklung geprägt: »Das Charakteristikum einer Kultur ist es, aufnahmefähig zu sein, durchwoben von spontan entstehenden Kraftfeldern, freigiebig, fruchtbar«⁵. Es gibt weder ethnisch homogene Kulturkreise noch kulturell homogene Ethnien. »Unsere« Architektur, Geschichte, Wissenschaft, Musik, Traditionen und Sprache sind – so wie alle andern auch – durch verschiedene Einflüsse geprägt worden. So übernahmen beispielsweise viele europäischen Wissenschaftler bereits im 15. Jahrhundert medizinische und architektonische Kenntnisse ihrer arabischen Kollegen.

Dummer Spruch: »Deutsch ist geil!«

Eine junge blonde Frau mit ärmellosem Top und Jeans-Minirock posiert mit laszivem Blick neben dem Spruch »Deutsch ist geil!«. Von einem anderen Flyer prangt ebenfalls eine junge blonde Frau, diesmal neben dem Spruch »Mach mich nicht an, Mehmet«. Durch diese Kampagnen versuchen

Rechtsextreme ein National- und Zusammengehörigkeitsgefühl, das

seit dem 11. September 2001 durch eine verstärkte anti-muslimische gesellschaftliche Grundstimmung geprägt ist, anzusprechen und für ihre Zwecke zu missbrauchen. Es werden darüber hinaus vorhandene gesellschaftliche Barrieren in der Bevölkerung gegenüber ausländischen Mitbürger/-innen instrumentalisiert und als Einfallstor für Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in die gesellschaftliche Mitte genutzt. Mit plakativen Slogans im Boulevardstil wird ein rechter Kult um Nation, Staatsangehörigkeit und Nationalismus inszeniert. Als »Bewahrer kultureller Identität« versuchen Rechtsextreme aus dem Schatten des Nationalsozialismus zu treten und in breite Wählerschichten einzudringen.

→ Gewerkschaften sind für internationale Solidarität und gegen die kulturelle Hegemonie von Rechtsaußen:

Statements wie »Deutsch ist geil« stellen klar ausländerfeindliche Positionen heraus, da Rechte innerhalb unserer Gesellschaft hierarchisch zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen unterscheiden. Aus gewerkschaftlicher Sicht wirkt Nationalismus ausgrenzend und verschärft soziale Spannungen, die durch ungebremsten Kapitalismus und die »moderne Gesellschaft« noch verstärkt werden. Was wir brauchen ist eine Debatte um die wirklichen Problemlagen in der bundesdeutschen Gesellschaft wie Arbeitslosigkeit, soziale Sicherung, Ausbeutung und schlechte Arbeitsbedingungen. Gewerkschaften nehmen beispielsweise die Einführung von Mindestlöhnen und angemessenem Kündigungsschutz in den Blick, ziehen international an einem Strang, um für gemeinsame Interessen einzustehen.

Dummer Spruch: »Mer losse de Dom in Kölle und die Moschee in Istanbul!«

In ihren Kampagnen gegen die »schleichende Islamisierung Deutschlands« verknüpft die extreme Rechte alltägliche Vorurteile mit rassistischen Aktionen. Politische Debatten um die mangelnde Integration von Migrant/-innen werden mit Fragen zu religiösem und politischem Fundamentalismus sowie mit ethnischen und kulturellen Untergangsszenarien vermengt. Besonders durch die pauschale Verknüpfung des Themas Islam mit Zuwanderungsfragen und Integrationsproblemen wird somit eine unsachliche Emotionalisierung und Kulturalisierung der öffentlichen Debatte von Rechts vorangetrieben.

In Propagandamaterialien und auf öffentlichen Veranstaltungen prophezeit die extreme Rechte, dass die bisherige weiße, christliche Mehrheitsbevölkerung in Deutschland im Verlauf der nächsten Jahrzehnte durch muslimische Mehrheiten ausgewechselt werden soll. Als Gründe führen sie unter anderen an, Muslime würden ethnisch und kulturell bedingt früher heiraten und mehr Kinder bekommen.



In **rechtsextremem Weltverschwörungsmanier** wird gezielt ein negatives Bild von Muslimen im Allgemeinen und im Speziellen in Deutschland gezeichnet: sie seien grundsätzlich kriminell, anti-demokratisch, respektlos, faul und der deutschen Bevölkerung feindlich gesinnt.

→ **Gewerkschaften sind für ein respektvolles Miteinander der Kulturen und gegen das Szenario der Islamisierung:**

Eine rechtspopulistische Pauschalisierung und Diskriminierung der muslimischen Mitmenschen und Kolleg/-innen ist aus gewerkschaftlicher Perspektive aufs schärfste zu verurteilen. Es handelt sich bei den von NPD, REP, DVU und »proKöln« vorgebrachten »Argumenten« um rassistische Verleumdungen, die gezielt eingesetzt werden, um ein gesellschaftliches Klima der Angst zu verschärfen.

Man sollte sich grundsätzlich mit Rechtsextremen nie auf eine Diskussion über Wesenszüge von Bevölkerungsgruppen einlassen. Rechtsextreme spielen mit individuellen Wahrnehmungen und Vorurteilen, um andere Menschen von ihrem anti-demokratischen und autoritären Weltbild zu überzeugen. Aufzeigen lässt sich diese Ideologie z. B. anhand der implizierten rechtsextremen Erwartungshaltung an deutsche junge Frauen: Obwohl die extreme Rechte häufig patriarchale und rückständige Familien- und Frauenbilder in der muslimischen Welt anklagt, sind sie selbst in ihrem Frauenbild nicht weiter: Rechtsextreme sehen die gesellschaftliche Rolle von Frauen darin – wie man es den muslimischen Frauen unterstellt – sich ausschließlich auf Häuslichkeit und Mutterschaft zu beschränken, um »das Fortbestehen von Volk und Kultur« zu sichern«.

4 Kulturrassismus bei Alex Sutter (Zugriff vom 04.09.2009): www.humanrights.ch/home/upload/pdf/061123_arbeitsblatt_rassismus.pdf

5 Frantz Fanon: Rassismus und Kultur, 1956

6 Le-Pen-Sprecher: »Pro Köln lügt« im Kölner Stadtanzeiger vom 16.09.2008 (www.ksta.de/html/artikel/1221541599099.shtml)

Der Anti-Islamisierungskongress

Beispielhaft für rechtsextreme Kampagnen gegen Moscheebauten – und die bürgerlichen Proteste gegen diese rassistische Propaganda – sind die Geschehnisse rund um den Kölner »Anti-Islamisierungskongress« im September 2008.

Den vermeintlichen Höhepunkt der »proKöln« Kampagne gegen den Moscheebau sollte durch einen »Anti-Islamisierungskongress« vom 18./19. September 2008 auf dem Kölner Heumarkt verkörpert werden. Unter dem Motto »Nein zur Islamisierung – Nein zur Kölner Großmoschee« hatte »proKöln« eine Großveranstaltung mit prominenten Rednern wie Jean-Marie Le Pen, dem Vorsitzenden der französischen Rechten »Front National« angekündigt. Wie der Kölner Stadtanzeiger jedoch im Vorfeld des Kongresses recherchierte entsprachen diese großspurigen Ankündigen nie der Realität, sondern dienten lediglich dem öffentlichen Aufbauschen der Veranstaltung. »Ein Besuch in Köln war niemals geplant und wird auch nicht stattfinden«, sagte Le Pens Sprecher Alain Wizier dem »Kölner Stadt-Anzeiger«⁶.

Wie der Anti-Islamisierungskongress erfolgreich verhindert wurde

Der Protest gegen den geplanten Anti-Islamisierungskongress entwickelte sich in der Kölner Politik, aber auch in Betrieben und der Kölner Öffentlichkeit wahrnehmbar. Unter der Federführung des DGB und der DGB Jugend entstanden zwei breite Protestbündnisse (»Wir stellen uns Quer – Kein Rassismus bei uns in Köln« und »Hingesetzt, aufgestanden und blockiert«). Während der DGB in dem Bündnis »Wir stellen uns Quer« ein breites Spektrum von öffentlichen Trägern und Verbänden organisierte, reichte das Bündnis der DGB Jugend von Gewerkschaftsjugendlichen über SJD – die Falken, linke Gruppen, Schüler- und Studierendenvertretern bis hin zu bekannten Musikern. Sogar ein Großteil der Kölner Altstadtkneipen waren in dem Bündnis der DGB Jugend organisiert und gründete die Initiative »Kein Kölsch für Nazis«. Teil des Protestes der Gastwirte war eine große Plakataktion, ein gemeinsamer Auftritt im Internet sowie 100.000 mit dem Slogan bedruckte Bierdeckel. Die Öffentlichkeit die das »Kneipenbündnis gegen Nazis« damit schaffte, war maßgebend für die Entwicklung eines breiten gesellschaftlichen Protests. Hier konnten Teile der Kölner Bevölkerung angesprochen und mobilisiert werden, die sich normalerweise nicht politisch in Gewerkschaften oder politischen Parteien betätigen.

Und der Protest im Vorfeld ging noch weiter: gemeinsam mit der Kölner »SchülerInnen gegen Rechts«-Gruppe und der LandeschülerInnenvertretung NRW organisierte die DGB Jugend den Jugendkongress »Der Tag gegen Rechts«. Über 300 Kölner Jugendliche kamen zwei Wochen vor dem geplanten »Anti-Islamisierungskongress« zusammen, um sich in über 20 Workshops mit den Themen »Rassismus und Rechtsextremismus« auseinander zu setzen.

Und auch in den großen Betrieben in Köln und Umgebung wurden die Kolleg/-innen gegen die rassistische Hetze von »proKöln« aktiv. Der Betriebsrat des in Köln ansässigen Ford-Werkes beteiligte



Check-Liste für

Was Gewerkschaften im Betrieb tun können?

Nach dem Vorbild der IGM sollte man die migrationsfeindliche Hetze der Rechtsextremen zum Thema machen: In Flugblättern und in Gesprächen mit Kolleg/-innen ist es auch unter Gewerkschaftern notwendig Rechtsextremismus zu thematisieren und den internationalistischen und antirassistischen Standpunkt von Gewerkschaften deutlich zu machen.

Nach § 45 BetrVG können in Betriebsversammlungen neben tarif- und sozialpolitischen oder wirtschaftlichen Themen auch Fragen der Integration der im Betrieb beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer behandelt werden, die den Betrieb oder seine Arbeitnehmer unmittelbar betreffen. Nach §80.1 Nr.7 BetrVG gehört es sogar ausdrücklich zu den Aufgaben des Betriebsrates Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit im Betrieb zu ergreifen. Befindet sich der Betrieb also in einer Stadt oder in einem Stadtteil wo Rechtsextreme vermehrt Propagandamaterialien verteilen, kann dies sehr wohl Anlass sein dies gemeinsam mit einem Gewerkschaftssekretär auf einer Betriebsversammlung zu diskutieren. (Das gleiche gilt nach §71 BetrVG auch für Jugend- und Auszubildendenversammlungen!)

Ergebnis einer solchen Betriebs- oder Jugend- und Auszubildendenversammlung kann z.B. sein, den Betriebsrat damit zu beauftragen gemeinsam mit dem Arbeitgeber eine Betriebsvereinbarung zum Thema »Integration von Arbeitnehmer/-innen mit ausländischer Herkunft« zu verabschieden. Mögliche Formulierungsvorschläge finden sich in der Online-Datenbank für Betriebsvereinbarungen der Hans-Böckler-Stiftung: www.boeckler.de/dbbv_80606.html

Die Teilnahme an kommunalen an-

sich am DGB-Bündnis »Köln stellt sich quer« und warb mit eigenem Banner und Flugblättern für den antirassistischen Protest gegen den Anti-Islamisierungskongress. Katharina von Hebel vom Ford-Betriebsrat machte öffentlich deutlich, dass die Vielfalt der knapp 50 Nationalitäten die bei Ford in Köln beschäftigt wären sich alle Jahre als Bereicherung erwiesen habe.

Am Wochenende des Anti-Islamisierungskongresses kamen knapp 40 000 Menschen in die Kölner Innenstadt um gegen die geplante rechtsextreme Großveranstaltung zu protestieren. Der »Anti-Islamisierungskongress« wurde letztendlich von der Polizei abgebrochen, weil diese aufgrund der Größe der Gegen demonstration die Sicherheit der Veranstaltung nicht mehr gewährleisten konnte.

Was führte zum Erfolg?: Die breiten gesellschaftlichen Protestbündnisse die tatsächlich von Gewerkschaften und etablierten Parteien über linksautonome Gruppen bis hin zu den katholischen, evangelischen, jüdischen und muslimischen Gemeinden reichte, war grundlegend für den erfolgreichen Protest gegen den »Anti-Islamisierungskongress«. Nicht nur politische Akteure, sondern auch kulturelle Träger wie Karnevalsvereine, Kneipen und ansässige Künstler/-innen konnten über den gemeinsamen Konsens des Antirassismus für den Protest mobilisiert werden.

Die massive Öffentlichkeitsarbeit der Bündnisse als auch deren Geschlossenheit war das zweite Standbein, welches eine breite Mobilisation der Kölner Bevölkerung zur Folge hatte. Die Kampagnen »Kein Kölsch für Nazis«, »Köln stellt sich quer« und »Köln Nazifreie Stadt« wurden in den Wochen vor dem »Anti-Islamisierungskongress« prägend für das Stadtbild, sodass wirklich niemandem entgehen konnte, dass sich hier ein großer Gegenprotest entwickelt. Ebenfalls ist nicht zu unterschätzen, dass vielen Bürger/-innen die sich sonst nicht politisch betätigen durch die »Köln stellt sich quer«-Kundgebung die Möglichkeit eingeräumt wurde, zu protestieren ohne sich in die direkte Gefahr von Auseinandersetzungen mit der Polizei oder Neonazis zu begeben. Für viele Kölner Familien oder Rentner/-innen hat dieses gewisse Maß an Sicherheit dazu beigetragen sich für eine Teilnahme an der Veranstaltung zu entscheiden.

»Anti-Islamisierungskongress« in Köln:

Breite Gesellschaftliche Bündnisse gegen Rassismus: »Aufgestanden, Hingesetzt, Blockiert« und »Köln stellt sich queer«

Kultur- und Kneipenbündnis: »Kein Kölsch für Nazis«

Proteste von Belegschaften und Betriebsräten: »Ford stellt sich queer«

Gewerkschaftsjugend macht erfolgreiche Aufklärungsarbeit »Der Tag gegen Rechts«

Knapp 40.000 Menschen verhindern den Anti-Islamisierungskongress 2008 in Köln

Im Mai 2009 versuchte »proKöln« die peinliche Niederlage des vergangenen Septembers wieder wett zu machen, und meldete für den 9. Mai auf dem Kölner Dom-Vorplatz einen zweiten »Anti-Islamisierungskongress« an. Nachdem die Kundgebung von der Polizei vom Dom-Vorplatz nach Deutz verlegt worden war, führte »proKöln« dort mit wenigen Hundert Teilnehmer/-innen ihren Kongress durch. Dieser war ein zweites Mal von großen Protesten mit über 6.000 Beteiligten und einem noch größeren Polizeiaufgebot begleitet worden.

Aktionen gegen den »Kulturkampf von Rechts«



tirassistischen Bündnissen wie in Köln bietet Betriebs- und Personalräten auch außerhalb von Tarifverhandlungen die Möglichkeit öffentlich in Erscheinung zu treten. Dass betriebliche Interessensvertretung und Mitbestimmung fester Bestandteil bundesdeutscher Demokratie sind, kann auf diesem Wege in die öffentliche Diskussion mit einfließen.

Was Gewerkschaften in der regionalen Bildungsarbeit tun können?

□ Die Proteste im Vorfeld des ersten Anti-Islamisierungskongresses haben gezeigt, dass mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit gewerkschaftliche Informationsveranstaltungen gegen das Bestreben von kultureller Hegemonie von Seiten der Rechten großen öffentlichen Erfolg haben können: Hierbei lohnt es sich besonders auf regionaler Ebene mit anderen Partnern zusammenzuarbeiten. Neben Trägern wie den Falken und den bekannten Parteiljugenden bieten besonders andere Interessensvertretungen wie Schüler_innen- und Studierendenvertretungen die Möglichkeit antirassistische Bildungsarbeit mit gewerkschaftlicher Vorfelddarbeit zu verbinden.

□ Wenn es die Möglichkeit gibt im Vorfeld von rechtsextremistischen Großveranstaltungen oder nach vermehrt aufgetretenen rechtsextremen Agitationsversuchen Informationsmaterialien zu erstellen, so sollte diese Möglichkeit genutzt werden. Besonders wichtig ist es in solchen Materialien kurz und leichtverständlich die »Argumente« und Parolen der Rechten zu entkräften.

□ Ebenfalls denkbar sind gezielte Angebote für Jugendliche: Bundesweit bietet die DGB Jugend Kurzmodule und Projektstage gegen Rechtsextremismus an. Schwerpunkt ist der Umgang mit den unterschiedlichsten Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, wie rechtsextremer Lifestyle, Rechtsrock, Rechte Organisationsformen sowie Argumentationstrainings gegen rechtsextreme Parolen. Für Erwachsenenstrukturen in Betriebs- oder Personalräten bietet es sich aber ebenfalls an, sich die zuständigen Gewerkschaftssekretäre

für thematische Kurzreferate zu einer Betriebs- oder Personalversammlung einzuladen.

Mehr Infos hierzu unter:
www.netzwerk-courage.de und
www.90-minuten-gegen-rechts.de

Was Gewerkschaften auf kommunaler Ebene tun können?

□ Wie es sich in Köln gezeigt hat sind breite gesellschaftliche Bündnisse der Schlüssel zum Erfolg gegen Rechtsextremisten und ihre Propaganda. Grade weil Gewerkschaften politisch überparteilich agieren, können sie relativ einfach einen »neutralen Ort« für die Zusammenkunft von potentiellen Bündnispartnern stellen.

Grundsätzlich gilt bei der Gründung eines Bündnisses, dass je breiter das Spektrum der Organisationen ist, desto größer ist das Mobilisierungspotenzial. Voraussetzung für alle Bündnispartner sollte jedoch ihr Bekenntnis zur Demokratie, zum bedingungslosen Antirassismus und sowie die Anerkennung von betrieblicher Interessenvertretung sein.

□ Eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit und eine gute Presseresonanz garantieren, dass Gewerkschaften (und ihre Bündnispartner) mit ihrem Protest gegen Rassismus von breiten Schichten der Bevölkerung wahrgenommen werden. Wenn es Bündnissen gelingt (lokale Prominente für ihre Sache zu gewinnen, ist die Außenwirkung von politischen Bündnissen um einiges höher. Außerdem sind griffige Slogans, Aufmerksamkeit erregende Plakate sowie einfallsreiche Aktions- und Protestformen die beste Möglichkeit sich in der Öffentlichkeit zu platzieren. Anregungen für mögliche Aktionsformen finden sich zum Beispiel in der »Projekt- und Aktionsbox« der DGB Jugend.

□ Letztlich lässt sich im Kampf gegen Rassismus und Kulturkampf von Rechts eine Formel festhalten: Agieren statt reagieren! Öffentliche Auftritte von Rechtsextremen sollten nicht bloß in Pressemitteilungen kommentiert werden; ihnen muss breiter gesellschaftlicher Protest entgegen gesetzt werden. Gewerkschaften haben nicht nur historisch und weltanschaulich gesehen die Pflicht zum Protest gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Die Proteste zum Anti-Islamisierungskongress in Köln haben gezeigt, dass Gewerkschaften darüber hinaus auch das politische und organisatorische Potenzial haben gesellschaftliche Massenproteste gegen rechte Kulturhegemonie zu initiieren.



Online-Portale

www.fes-online-akademie.de

Die Online-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet Hinweise und Anregungen für den Umgang mit rechtsextremistischen Einstellungen und Verhaltensweisen. Auf der Seite finden sich auch hilfreiche Argumente gegen die extreme Rechte.

www.gelbehand.de

Der Verein »Mach meinen Kumpel nicht an!« e.V., 1986 von der DGB-Jugend gegründet, engagiert sich gegen Rassismus und tritt für die Gleichbehandlung von Migrant/inn/en in der Arbeitswelt ein. Die Handreichung »Aktiv werden gegen Rechts – für Gleichberechtigung. Beispiele aus der Praxis von Berufsschulen und Betrieben« gibt Anregungen für Aktivitäten gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

www.idaev.de und www.ida-nrw.de

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit und seine Landesstelle in Nordrhein-Westfalen bieten zahlreiche Arbeitshilfen und Materialien, die sich für Multiplikator/inn/en in Schule und Jugendarbeit eignen. Zudem sind umfangreiche Informationen zu Rechtsextremismus, interkultureller Jugendarbeit und antirassistischen Trainings zu finden.

www.migration-online.de

Die Website des Bereichs Migration & Qualifizierung des DGB Bildungswerks informiert über aktuelle Bildungsmaßnahmen zum Thema »Migration und Arbeitswelt« und über die Lage ausländischer Betriebsräte in Deutschland.

www.netz-gegen-nazis.de

Das Online-Portal wird betrieben von der Amadeu Antonio Stiftung und informiert über aktuelle Entwicklungen in der extremen Rechten.

www.netzwerk-courage.de

Das Netzwerk für Demokratie und Courage organisiert seit 1999 in zehn Bundesländern Projektstage und viele andere Aktionen. Es wird u.a. unterstützt vom DGB, der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Herbert-Wehner-Bildungswerk. Dort sind Angebote für Schüler/innen, Auszubildende und Lehrer/innen zu bekommen.

www.qantara.de

Das Internetportal wird u.a. betrieben von der Bundeszentrale für politische Bildung. Sie dient dem Dialog mit dem Islam. Zahlreiche Links zu diesem Thema sind dort zu finden.

www.redok.de

Auf redok.de sind Recherchen und Berichte zu den Bereichen Rechtsextremismus, Rassismus, Neonazismus und Antisemitismus zu finden.

Literatur online

www.dgb.baustein.dgb-bwt.de

Der »Baustein zur nicht-rassistischen Bildungsarbeit«, herausgegeben vom DGB-Bildungswerk Thüringen, beinhaltet Aktivitäten, Texte, Planungshilfen und Arbeitspapiere für die außerschulische, schulische und betriebliche Bildungsarbeit. Zu den Schwerpunktthemen gehören: Vorurteile, Rassismus, Antisemitismus, Migration, Nationalismus und Diskriminierung.

www.laga-nrw.de/data/expertise_web_ver2_mit_anhang.pdf

Die Broschüre »Rechtspopulismus in Gestalt einer Bürgerbewegung«, herausgegeben von der Landesarbeitsgemeinschaft der Migrantenvertretungen NRW, erläutert Hintergründe über die politische Methodik der rechtspopulistischen »Pro«-Bewegung.



Impressum

Redaktion: Mirjam Blumenthal, Stephan Bundschuh, Vera Egenberger, Julia Böhnke, Volker Roßocha

V.i.S.d.P.: Annelie Buntenbach

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

Gestaltung: Heiko von Schrenk/schrenkwerk.de

Bildnachweis: luh/photocase.com (Titelseite), r-press-nrw.de (Seite 3), Sarah Förster (Seite 5), DGB-Jugend Köln (alle anderen)

Diese Publikation ist eine Veröffentlichung des Bereichs Migrations- und Antirassismuspolitik des DGB-Bundesvorstandes, in Zusammenarbeit mit der DGB-Jugend und dem Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit (IDA e.V.).

Hinweis: Im Rahmen der Reihe »Blickpunkt« wurde außerdem die Publikation »Öffentliche Veranstaltungen ohne Störungen von Rechtsextremen« veröffentlicht.